
Vorsitz: Polen**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1356. Plenarsitzung)**

1. Datum: Montag, 21. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 15.05 Uhr

Schluss: 18.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1), Ukraine

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE LAGE IN UND UM DIE UKRAINE, EINSCHLIESSLICH DER SICH VERSCHLECHTERNDEN LAGE IN DER OSTUKRAINE**

Vorsitz, Leitender Beobachter der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine, Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe, Generalsekretär (SEC.GAL/32/22 OSCE+), Ukraine (Anhang 2), Österreich (Anhang 3), Kanada (Anhang 4), Russische Föderation (Anhang 5), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/235/22), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 6), Vereinigtes Königreich (Anhang 7), Belarus (PC.DEL/233/22 OSCE+), Türkei (Anhang 8), Schweiz (PC.DEL/252/22 OSCE+), Island (Anhang 9), Georgien (PC.DEL/238/22 OSCE+), Deutschland, Frankreich (auch im Namen Deutschlands) (Anhang 10), Norwegen (PC.DEL/234/22), Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/236/22 OSCE+), Lettland (Anhang 11), Aserbaidschan, Litauen (Anhang 12), Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/6/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 3. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1356. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1356, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

ich möchte zum vorgeschlagenen ersten Punkt der Tagesordnung der Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE die folgenden verfahrenstechnischen Anmerkungen machen.

Bekanntlich hat Russland den Wortlaut des ersten Tagesordnungspunkts der heutigen Sitzung nie gutgeheißen und tut das auch heute nicht. Er beruht auf den politischen Sichtweisen einiger Teilnehmerstaaten und gibt nicht das gesamte Meinungsspektrum in der OSZE wieder.

Gemäß Absatz IV.1(C)3 der Geschäftsordnung der OSZE werden die Tagesordnungsentwürfe für PC-Sitzungen vom Vorsitz vorbereitet und im Voraus ausgegeben, wobei die von den Teilnehmerstaaten geäußerten Standpunkte berücksichtigt werden. Der OSZE-Vorsitz hat im Hinblick auf die heutige Sitzung keine derartigen Konsultationen geführt, zumindest nicht mit Russland. Es versteht sich von selbst, dass die aktuelle Diskussion keinen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen sollte.

Wir vertreten den Standpunkt, dass sich die Diskussionen zur Ukraine im Ständigen Rat der OSZE angesichts der aktuellen Lage im Land in erster Linie auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und die Einhaltung der von den Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk vereinbarten Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe vom 22. Juli 2020 konzentrieren sollten. Diese grundlegenden Vereinbarungen, die im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe getroffen und durch das Normandie-Format vermittelt wurden, sind die Grundlage für die Förderung einer politischen Lösung. Sie enthalten klare Hinweise auf die diesbezügliche Rolle der OSZE.

Bei der Erörterung der Krise in der Ukraine können Fragen politischer Natur nicht außer Acht gelassen werden. Das Minsker Maßnahmenpaket vom 12. Februar 2015, das durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gebilligt wurde, ist nach wie vor das einzige international anerkannte Dokument, das die friedliche, politische und diplomatische Beilegung des Konflikts in der Ostukraine regelt, um die territoriale Integrität des Landes zu wahren und eine nationale Aussöhnung zu erreichen. Das Dokument ist mittlerweile Teil des Völkerrechts und verbindlich. Dem Maßnahmenpaket zufolge sollten

politische Schritte im Rahmen des innerukrainischen Dialogs zwischen Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk unter der Schirmherrschaft und mit Unterstützung der OSZE unternommen werden. Leider gibt es auch nach acht Jahren des Konflikts noch immer keinerlei Fortschritte in dieser Frage, und der Kanonendonner der ukrainischen Artillerie lässt nach wie vor den Himmel über dem Donbass erzittern.

Was die heute zur Diskussion gestellten externen Aspekte der Krise um die Ukraine anbelangt, so sollte sich die Debatte hier in erster Linie auf die Verletzung der Verpflichtungen einer ganzen Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten aus den Stabilisierenden Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen, den Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen und einer ganzen Reihe anderer Verpflichtungen zur Verhinderung der Lieferung tödlicher Waffen und militärischer Ausrüstung in Konfliktregionen konzentrieren, wo sie Spannungen schüren, zu militärischer Eskalation führen oder zu Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden könnten.

Wir erinnern an den Beschluss des Ministerrats von Porto 2002 (Rolle des amtierenden Vorsitzes der OSZE) und den Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates der OSZE (OSZE-Erklärungen und die Information der Öffentlichkeit) und die Rolle des OSZE-Vorsitzes. Im Einklang mit diesen Beschlüssen muss der amtierende Vorsitz dafür Sorge tragen, dass „seine Handlungen nicht von den einvernehmlichen Standpunkten aller Teilnehmerstaaten abweichen und dass die gesamte Bandbreite der Meinungen der Teilnehmerstaaten berücksichtigt wird“.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

1356. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

wir sind Ihnen für Ihre Bemühungen dankbar, dem Ersuchen der Ukraine um Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates rasch und reibungslos Folge zu leisten.

Die Sicherheitslage entlang der gesamten Kontaktlinie in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk ist nach wie vor äußerst angespannt und instabil und entwickelt sich eindeutig in Richtung einer Verschlechterung.

Genauer gesagt, in Richtung einer Eskalation, die vollständig von der Russischen Föderation gesteuert wird.

Am 18. Februar wurde die Waffenruhe 66 Mal verletzt. Darunter waren 60 Fälle von gezieltem Beschuss. In 53 Fällen wurden Waffen eingesetzt, die nach den Minsker Vereinbarungen verboten sind. Insgesamt wurden 129 Artilleriegeschosse des Kalibers 122 mm, 403 Mörsergeschosse des Kalibers 120 mm und 166 Mörsergeschosse des Kalibers 82 mm abgefeuert. In zehn Fällen wurde Scharfschützenfeuer registriert.

Am 19. Februar war die Zahl der Waffenruheverletzungen durch die russischen Streitkräfte sogar noch höher, nämlich 136, 123 davon mit gezieltem Feuer. In drei Fällen wurde die Kontaktlinie von unbemannten Luftfahrzeugen (UAV) der russischen Formationen überschritten, mit großer Wahrscheinlichkeit vom Typ Orlan 10.

In nicht weniger als 119 Fällen wurden Waffen eingesetzt, die nach den Minsker Vereinbarungen verboten sind.

Insgesamt wurden 18 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 mm, 13 Panzergeschosse des Kalibers 125 mm, 458 Artilleriegeschosse des Kalibers 122 mm, 572 Mörsergeschosse des Kalibers 120 mm und 242 Mörsergeschosse des Kalibers 82 mm abgefeuert. Zwei ukrainische Soldaten wurden getötet, und fünf wurden verletzt.

Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) hat eine dramatische Zunahme der kinetischen Aktivitäten entlang der Kontaktlinie bestätigt.

Der russische Artilleriebeschuss war unter anderem auf zivile Objekte, darunter Kindergärten und Schulen, in denen sich Kinder aufhielten, Wohngebäude sowie zivile und kritische Infrastruktur gerichtet.

Die gescheiterten Versuche, am 18. und 19. Februar eine außerordentliche Sitzung der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) einzuberufen – darunter auch die Versuche des Sonderbeauftragten des amtierenden OSZE-Vorsitzes, Botschafter Kinnunen –, sind ein weiterer Beweis dafür, dass Russland entschlossen ist, die Lage zu verschärfen.

Das gilt nicht nur für die besetzten Gebiete.

Letzte Woche haben wir eine Reihe von Treffen nach Kapitel III des Wiener Dokuments 2011 abgehalten.

Vor dem Hintergrund dieser Treffen erfuhren wir unter anderem, dass alle russischen Soldatinnen und Soldaten Belarus nach dem Ende der Übung verlassen würden und dass einige russische Truppenteile bereits von der ukrainischen Ostgrenze abgerückt seien. Die Übung hätte eigentlich gestern, am 20. Februar, beendet werden sollen.

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus.

Im Laufe des Wochenendes wurde die Stärke der russischen Truppen in der Nähe des Donbass weiter erhöht, und es hat den Anschein, dass die russischen Streitkräfte in Belarus bleiben werden.

Das kommt nicht überraschend, bedenkt man, dass die Spannungen im Donbass von Russland selbst provoziert worden sind.

Es ist offensichtlich, dass Russland jeden Vorwand nutzt, um seine Streitkräfte in der Nähe der ukrainischen Grenzen zu belassen.

Die jüngsten Äußerungen des Generalsekretärs der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit zur möglichen Entsendung sogenannter Friedenstruppen in den Donbass offenbaren einen Teil der Pläne des Kremls und des Zwecks des russischen Militäraufmarsches.

Er stellte Spekulationen über eine 17 000 Mann starke Truppe in ständiger Bereitschaft und ein eigenes Friedenskontingent von fast 4 000 Mann an.

Ich möchte hier eindeutig klarstellen, dass dieser von Russland geführte Militärblock sich nicht als Friedenswächter in einer von Russland besetzten Region gerieren kann.

Diese Äußerungen machen jedoch umso verständlicher, warum Russland das fiktive Szenario einer humanitären Katastrophe in den besetzten Gebieten in Verbindung mit einer drohenden militärischen Konfrontation entwirft.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte nun auf einen weiteren Aspekt der Eskalation im Donbass eingehen.

Während entlang der gesamten Kontaktlinie provozierender Artilleriebeschuss stattfindet, ist die russische Desinformationsmaschinerie in vollem Gange.

Offensichtlich braucht Russland einen Informationsvorwand für weitere aggressive Schritte.

Hier nur einige aktuelle Beispiele:

- ein gescheiterter Versuch, den Beschuss eines Kindergartens in Stanyzja Luhanska zu nutzen, um die ukrainischen Streitkräfte zu beschuldigen, die besetzten Gebiete zu bombardieren
- ein angeblicher chemischer Zwischenfall in der Nähe von Horliwka – vor etwa einem Monat wurde vor einem möglichen derartigen Szenario gewarnt
- die Sprengung eines Autos aus der Sowjetzeit im Zentrum von Donezk – dieser Anschlag soll angeblich dem Anführer einer sogenannten Volksmiliz gegolten haben (natürlich benutzte er dieses alte Fahrzeug nicht)
- wie von den russischen Medien berichtet, wurde ein Sabotageakt gegen das Gasverteilungszentrum Luhanskaz verübt, in dessen Folge die Druschba-Pipeline in Brand geriet. Diese Pipeline wurde jedoch nach dem Einmarsch russischer Truppen im Jahr 2014 vom ukrainischen Gasleitungssystem abgekoppelt und wird nicht für die Lieferung von Gas in die Ukraine oder durch die Ukraine verwendet. Dieser Vorfall gibt uns einen Vorgeschmack darauf, was Russland mit dem ukrainischen Gaslieferungs-system machen würde, wenn die Pipeline Nord Stream 2 bereits in Betrieb wäre.
- Als Nächstes die Geschichte von zwei Granaten von einem Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad der ukrainischen Streitkräfte, die angeblich auf russischem Gebiet, nämlich im Dorf Mitjakinskaja (Region Rostow), niedergingen. Abgesehen davon, dass die ukrainischen Artillerieeinheiten in einer Entfernung von diesem Dorf positioniert sind, die die Reichweite der Grad-Raketenwerfer übersteigt, scheint das Drehbuch für diese Provokation aus dem Jahr 2014 zu stammen. Genau wie in diesem Fall fielen vor acht Jahren „ukrainische Granaten“ in genau derselben Entfernung von 300 Metern von einem Wohnhaus in demselben Dorf.

Die russische Führung bedient sich auch immer vehementer der Schlagworte „ethnische Säuberung“ und „Genozid“. Das sind ganz schwerwiegende Anschuldigungen, die jedoch eher an die Bilder von Grosny nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Stadt erinnern. Diese Fotos lassen sich leicht im Internet finden.

Ich möchte die russischen Machthaber daran erinnern, dass die Menschen in Slowjansk, Mariupol, Kramatorsk, Kostjantyniwka, Bachmut, Rubischne, Sjewjerodonezk und vielen anderen Städten und Siedlungen der Regionen Donezk und Luhansk froh sind, dass die Ukraine wieder da ist.

Das kann man von den Städten, die noch unter russischer Besatzung stehen, nicht behaupten.

Außerdem versucht Russland, der Welt die Erzählung von Massengräbern glaubhaft zu machen.

Allerdings haben weder das Internationale Komitee vom Roten Kreuz noch die ukrainischen humanitären Missionen Zugang zu diesen Gebieten. Das schafft viel Spielraum für Manipulationen durch Russlands staatliche Stellen und für nicht nachprüfbare Anschuldigungen.

Alle diese inszenierten Provokationen und Propagandatricks sind für uns nicht von Belang. Die Hauptzielgruppe sind jedoch die russische Bevölkerung und die Einwohnerschaft der besetzten Gebiete. Unseren Geheimdienstquellen zufolge sind in den kommenden Tagen leider weitere Provokationen zu erwarten, darunter auch einige, bei denen behauptet wird, es seien Drohnen eingesetzt worden. Russland handelt weiterhin im Einklang mit seinen Plänen zur Destabilisierung, obwohl diese Pläne schon so oft entlarvt wurden.

Ich möchte jedoch unmissverständlich klarstellen, dass die Russische Föderation als Besatzungsmacht die Verantwortung für die Lage in den vorübergehend besetzten Gebieten trägt. Jeder Schaden, der den Menschen oder der Infrastruktur in den vorübergehend besetzten Gebieten zugefügt wird, wäre eine Provokation.

Russland will dasselbe Szenario wie 2008 gegen Georgien durchspielen – zunächst mit Militärübungen und Provokationen, dann mit einer Massenevakuierung und schließlich mit einer Invasion und Einsetzung seiner Marionetten.

Die am Freitag angekündigte so genannte Not-Evakuierung ist ein Musterbeispiel für das, was da gerade vor sich geht.

Äußerst aufschlussreich ist wohl die Tatsache, dass das entsprechende Video mit dem Aufruf zwei Tage vor der Ankündigung aufgezeichnet wurde. Zweifellos wurde die Evakuierung eingeleitet, um das Narrativ eines bevorstehenden ukrainischen Angriffs zu untermauern – und das, obwohl sich die ukrainischen Streitkräfte trotz des provozierenden Feuers entlang der Kontaktlinie zurückhaltend verhielten.

Es kommen immer mehr Details ans Licht, die zeigen, dass Russland Menschen lediglich als Bauern in seinen geopolitischen Schachzügen betrachtet. Kinder und Frauen wurden tagelang ohne Nahrung in kalten Bussen sitzengelassen, wo sie darauf warten, irgendwo in der Region Rostow unterzukommen.

Um die Menschen zum Verlassen der Gebiete zu bewegen, hat der russische Präsident sogar versprochen, den Evakuierten 10 000 Rubel, etwa 110 Euro, zu zahlen. Das ist kein großer Betrag, aber er verdeutlicht die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den besetzten Gebieten unter russischer Herrschaft.

Einige Menschen, die die wahre „Obhut“ Russlands erfahren haben, beginnen bereits, in ihre Häuser zurückzukehren.

In der Zwischenzeit beschießt Russland die Kontrollpunkte. Selbst ein humanitärer Konvoi des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen geriet auf der Rückfahrt aus den besetzten Gebieten unter Beschuss. Ein Fahrzeug des *Joint Centre for Control and Co-ordination* wurde gestern in der Nähe eines Kontrollpunkts beschossen und zerstört.

Russland greift offensichtlich humanitäre Korridore an, um die Menschen einzuschüchtern und sie an der Ausreise in Richtung Ukraine zu hindern. Das ist eine unmenschliche und unmoralische Taktik.

Außerdem wurden am Sonntagabend Kinder aus einem Donezker Waisenhaus an einen unbekannt Ort in Russland gebracht.

Dies ist eine weitere Provokation, die direkt aus Russlands altem Strategiebuch stammt. Zwischen Juni und August 2014 wurden bereits dreimal Kinder aus dem Donbass nach Russland verschickt.

Wir fordern die Russische Föderation auf, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und diese Kinder in die Ukraine zurückzubringen, wie es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits 2014 gefordert hat.

Es ist absolut inakzeptabel, dass Kinder für Zwecke der Kriegspropaganda missbraucht werden.

Die Zwangsevakuierung ukrainischer Bürger aus den besetzten Gebieten muss aufhören. Diese Kampagne kommt einer gewaltsamen Umsiedlung der Bevölkerung aus den besetzten Gebieten gleich, die nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist und als Kriegsverbrechen eingestuft werden könnte.

Durch diese inszenierte Evakuierung werden Menschen ihrer Häuser, ihres Besitzes und ihrer Arbeitsplätze beraubt und Familien werden auseinandergerissen.

Außerdem werden ihr Recht auf Leben, ihr Recht, nicht gefoltert oder auf unmenschliche oder erniedrigende Weise behandelt zu werden, ihr Recht auf Freiheit und Sicherheit, ihr Recht auf Achtung ihres Privatlebens und auf Bewegungsfreiheit verletzt. Alle diese Rechte sind durch die rechtsverbindliche Europäische Menschenrechtskonvention geschützt.

Noch besorgniserregender sind in diesem Zusammenhang Berichte, wonach Männer im Alter zwischen 18 und 55 Jahren die besetzten Gebiete nicht verlassen dürfen und zwangsweise zu den russischen Besatzungstruppen eingezogen werden.

Das ist ein weiterer schwerer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.

Die Zwangsevakuierung von Kindern und Frauen und die Zwangsrekrutierung von Männern zeigen, dass alle Menschen in den besetzten Gebieten in einer Falle sitzen. Es gibt keine Rechte und Freiheitsrechte für sie – sie sind nichts als Spielfiguren in den Händen der Besatzungsmacht.

Zusammen mit der massenhaften Verteilung russischer Pässe zeigt dies deutlich die Einstellung Russlands gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern der besetzten Gebiete.

Sie werden zynisch als Tarnobjekte und menschliche Schutzschilde benutzt, während Russland neue Eskalationen provoziert und weiter einem Drehbuch folgt, das auf die politische Unterwerfung der Ukraine abzielt.

Die massive Desinformationskampagne Russlands wird größtenteils von staatlich geförderten Medien unterstützt.

In Anbetracht dessen möchte ich meinen früheren Appell an den OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit wiederholen, diese Situation aufmerksam zu verfolgen.

Und selbst die russische Intelligenzija hält dies in einem offenen Brief an die russische Führung unmissverständlich fest. Ich zitiere: „Das staatliche Fernsehen sendet nur eine Sichtweise, nämlich die der Kriegsbefürworterinnen und -befürworter“. Zitat Ende.

Es ist an der Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen. Das hat nichts mit Medien- und Redefreiheit zu tun. Eine solche Kriegspropaganda und ein solcher Hass auf die Ukrainerinnen und Ukrainer und den Westen können nicht länger hingenommen werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ungeachtet der russischen Provokationen ist die Ukraine weiterhin fest entschlossen, eine politische Lösung herbeizuführen, und gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir den diplomatischen Dialog fortsetzen.

Die Ukraine hat nicht die Absicht, eine Offensive gegen die vorübergehend besetzten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk zu starten oder Sabotageakte im Donbass zu verüben:

- Die ukrainischen Streitkräfte bleiben in ihren Stellungen.
- Es finden keine Rotationen von Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte statt, die Anlass zur Besorgnis geben könnten. Es gibt keinen einzigen Bericht der SMM, der Anlass zu derartiger Besorgnis geben könnte.
- Die Truppenstärke der ukrainischen Streitkräfte übersteigt nicht den Stand vom 22. Dezember 2021, als eine Erklärung über die Entschlossenheit der Teilnehmer der Trilateralen Kontaktgruppe abgegeben wurde, die Waffenruhe vollständig einzuhalten.
- Die ukrainischen Streitkräfte halten sich strikt an die Waffenruhe.

Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es in dieser kritischen Phase wichtiger ist denn je, die Fakten vor Ort zu ermitteln.

Es ist von entscheidender Bedeutung, alle im Rahmen der OSZE zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um die Sicherheitslage zu verbessern und zu ihrer

Deeskalation beizutragen. Vor diesem Hintergrund hat der ukrainische Außenminister die OSZE-Troika zu einem dringenden Erkundungsbesuch in der Ukraine im Rahmen des Frühwarnmechanismus eingeladen, der letzte Woche von der Generalsekretärin der OSZE, Helga Schmid, aktiviert wurde.

Die Ukraine ist bereit, jede zur Durchführung einer solchen Mission notwendige Hilfestellung zu leisten; sie ist für eine Zusammenarbeit mit dem Missionsteam uneingeschränkt offen und bereit, alle erforderlichen Informationen zu liefern.

Die Ukraine ist auch bereit, weitere Beobachtermissionen nach Kapitel X des Wiener Dokuments 2011 aufzunehmen. Die Ukraine ist bereit, das höchstmögliche Maß an militärischer Transparenz an den Tag zu.

Andererseits fordern wir die Russische Föderation auf, von den im Wiener Dokument vorgesehenen Verfahren Gebrauch zu machen und die Empfehlungen umzusetzen, die auf der gemeinsamen Sondersitzung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation am Freitag ausgesprochen wurden, um die militärische Transparenz entlang der ukrainischen Grenze zu verbessern und die Deeskalation zu erleichtern.

Die Beobachtungstätigkeit der SMM, die in voller Übereinstimmung mit ihrem Mandat durchgeführt wird, ist jetzt wichtiger denn je. Wir fordern Russland auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um der Mission zu helfen, in den besetzten Gebieten sicher zu operieren und das Mandat, mit dem sie vom Ständigen Rat beauftragt wurde, ordnungsgemäß zu erfüllen. Drohungen gegen das Beobachtungspersonal sind nicht hinnehmbar.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es von größter Wichtigkeit ist, die effiziente und umfassende Beobachtung durch die SMM in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine in den Regionen Donezk und Luhansk, insbesondere in den Grenzgebieten, aufrechtzuerhalten.

Wir würdigen die Bemühungen der Teilnehmerstaaten, die Beobachtungsfähigkeit der SMM in ausreichendem Umfang zu erhalten, insbesondere ihre Bereitschaft, die Zahl des entsprechend qualifizierten Beobachtungspersonals trotz der derzeitigen Herausforderungen hinsichtlich ihrer Sicherheit zu erhöhen.

Wir fordern auch eine unverzügliche und unparteiische internationale Untersuchung der gemeldeten Vorfälle auf russischem Hoheitsgebiet. Die Ukraine hat niemals das Feuer in dieser Richtung eröffnet und weist alle derartigen Anschuldigungen entschieden zurück.

Nicht zuletzt fordern wir die Russische Föderation auf, die Lage zu deeskalieren und sich als Konfliktpartei konstruktiv an einem Dialog innerhalb des bestehenden Rahmens, einschließlich des Normandie-Formats und der TKG, zu beteiligen.

Russland muss schlicht aufhören, den Verhandlungsprozess zu blockieren.

Denn gegenwärtig blockiert Russland alle Initiativen auf allen Ebenen, einschließlich der sicherheitspolitischen, humanitären und politischen Ebene. Braucht es noch mehr Beweise, dass Russland kein Interesse an einer friedlichen Lösung hat? Es sucht nur nach

einem Druckmittel, um die Ukraine zu beherrschen, und nach einem Instrument, um den Westen zu erpressen.

Es ist höchste Zeit, dass Russland seine Erpressung mit Hilfe von Granaten und Kugeln, getöteten und verwundeten Soldatinnen und Soldaten und Zivilpersonen sowie zerstörter ziviler Infrastruktur einstellt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Russische Föderation vertritt ihre sogenannten „nationalen Interessen“ in einer Weise, die in Wirklichkeit die existenziellen Interessen der Nachbarstaaten schädigt.

Ein Vetorecht bei der freien Wahl des außenpolitischen Kurses anderer zu beanspruchen, hat nichts mit umfassender Sicherheit zu tun.

Durch die aggressive Durchsetzung eigener nationaler Interessen verursachtes menschliches Leid hat nichts mit umfassender Sicherheit zu tun.

Die Androhung der Anwendung von Gewalt hat nichts mit unteilbarer Sicherheit zu tun – der Begriff, mit dem Russland seinen Expansionskurs zu bemänteln versucht.

Die Bereitschaft Russlands zu einem neuen Angriff lässt uns keine andere Wahl, als die Freiheit, Souveränität und Staatlichkeit der Ukraine zu verteidigen.

Entgegen der russischen Propaganda wartet in der Ukraine niemand auf Russland. Ganz im Gegenteil: Die Menschen gehen auf die Straße, vor allem in den östlichen und südlichen Regionen, um angesichts eines möglichen russischen Angriffs ihre Geschlossenheit zu demonstrieren. Damit wollen sie die russische Propaganda über die angebliche Misshandlung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine entkräften. Russische Truppen würden nicht willkommen heißen, sondern auf Widerstand stoßen.

Die Ukraine ihrerseits wird sich weiterhin um eine diplomatische Beilegung des bewaffneten Konflikts allein auf der Grundlage des Völkerrechts bemühen.

Ukrainischen Bürgerinnen und Bürger leben zu beiden Seiten der Kontaktlinie. Ihr Frieden, ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen haben für die Ukraine absolute Priorität.

Darüber hinaus verdienen unsere Bürgerinnen und Bürger, die auf beiden Seiten der Kontaktlinie leben, eine würdevolle diplomatische Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts, die ihre Freiheit und ihren Wohlstand sichert und nicht zu weiterem Leid und Unterwerfung führt.

Wie Präsident Selenskyj auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz erklärte:

„Wir sind bereit, in allen möglichen Formaten und Gremien nach dem Schlüssel zur Beendigung des Krieges zu suchen. [...] Was wirklich wichtig ist, ist die Einsicht, dass nicht nur wir Frieden brauchen – die Welt braucht Frieden in der Ukraine. Frieden und Wiederherstellung der territorialen Integrität innerhalb völkerrechtlich anerkannter Grenzen: Das ist der einzige Weg. Und ich hoffe, dass niemand in der

Ukraine [...] eine Pufferzone zwischen dem Westen und Russland sieht. Dazu wird es niemals kommen. Das wird niemand zulassen“. Zitat Ende.

Wenn Russland es mit seinem Bekenntnis zu Frieden ernst meint, gibt es keinen Platz für Drohungen oder Einschüchterungen.

Und wenn wir es mit unserem Bekenntnis zur Erhaltung des Friedens ernst meinen, ist es an der Zeit, entschlossen zu handeln und Maßnahmen zu ergreifen, um eine neuerliche Aggression zu verhindern, anstatt erst dann zu reagieren, wenn es zu spät ist.

Die Menschen in der Ukraine haben schon genug durchgemacht und sollten nicht noch mehr leiden müssen.

Wir sind davon überzeugt, dass der wirksamste Weg zur Beseitigung unserer Besorgnis über einen möglichen neuen russischen Angriff darin besteht, dass Russland seine Truppen unverzüglich von der Grenze zur Ukraine und von der vorübergehend besetzten Halbinsel Krim abzieht, seine Kriegsrhetorik, seine Gewaltandrohungen und seine Desinformationskampagne gegen die Ukraine einstellt und die Sicherheitsbestimmungen der Minsker Vereinbarungen nach Treu und Glauben erfüllt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, unsere Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1356. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

Österreich schließt sich vollumfänglich der Stellungnahme der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir darüber hinaus, einige Bemerkungen in meiner nationalen Eigenschaft und im Namen des Herrn Bundesministers zu machen.

Eingangs möchte ich mich bei Botschafter Kinnunen und Botschafter Çevik bedanken: Für ihre wertvolle Arbeit unter schwierigsten Bedingungen, für ihre Unparteilichkeit, aber auch für ihren nüchternen, pragmatischen Befund der Lage.

Lassen Sie mich klarstellen: Wenn der Bruch von Völkerrecht und militärische Gewalt als Option im Raum stehen, wenn Desinformation und Meinungsmanipulation der Menschen als Waffen eingesetzt werden, dann sind gleich mehrere rote Linien überschritten – rechtlich, wie auch politisch und moralisch. Deshalb gehört in diesen Stunden unsere volle Solidarität der Ukraine.

Herr Vorsitzender,

wir stehen an einer Weggabelung der Geschichte Europas: Wollen wir die Abwärts-spirale der vergangenen Monate durchbrechen oder wollen wir sehenden Auges in eine politische, militärische und menschliche Katastrophe schlittern? Es kann in Europa keine bleibende Stabilität und Sicherheit gegen Russland, sondern nur mit Russland geben. Umgekehrt kann es für Russland keine bleibende Stabilität und Sicherheit gegen, sondern nur mit Europa geben.

Gerade hier, in der OSZE, muss es unser aller Ziel sein, eine weitere Eskalation der Lage oder gar einen Krieg zu verhindern. Gerade hier, in der OSZE, sollten sich alle beteiligten Parteien für den Pfad der Diplomatie und des Dialogs entscheiden. Denn hier in der OSZE ist der geeignete Platz, unsere Differenzen darzulegen und diese in zivilisierter Weise, mit gegenseitigem Respekt und ohne Anwendung von Gewalt zu bereinigen. Zu diesem Weg – der friedlichen Regelung von Streitfällen – haben wir uns alle vor knapp 50 Jahren in der Schlussakte von Helsinki verpflichtet.

An Formaten und Instrumenten mangelt es unserer Organisation nicht, sondern an politischem Willen. Es ist unsere Pflicht, diese Instrumente redlich und ergebnisorientiert einzusetzen. Deshalb rufe ich Russland auf, dem vom polnischen OSZE-Vorsitz ins Leben gerufenen erneuerten Dialog zur europäischen Sicherheit eine Chance zu geben, um gemeinsam Spannungen glaubwürdig und nachvollziehbar abzubauen und die vielzitierte „Toolbox“ unserer Organisation wirksam werden zu lassen.

Dazu gehört ein umgehender, substanzieller Abzug der russischen Streitkräfte aus dem Grenzraum zur Ukraine und eine umfassende Einhaltung der Selbstverpflichtungen zu Risikoreduzierung und Transparenz, wie sie im Wiener Dokument festgeschrieben wurde. Auch sind wir alle dazu gehalten, ein aktives Engagement des Vorsitzes sowie der Troika zur Entschärfung der gegenwärtigen Lage vollumfänglich zu unterstützen. Österreich steht bereit, seinen Teil dazu beizutragen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
geschätzte Damen und Herren,

weitere militärische Gewalt und Krieg – konventionell, im Cyberraum oder hybrid – würden kein einziges Problem lösen, sondern nur noch mehr Leid erzeugen. Dieser Weg ließe uns alle als Verlierer dastehen. Das müssen und können wir gemeinsam verhindern!

Herr Vorsitzender,

ich ersuche Sie, diese Stellungnahme dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

1356. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen und Ihrem Team dafür, diese Sitzung heute einberufen zu haben; Kanada ist gespannt darauf, mehr über die erwähnte Erkundungsmission zu erfahren. Ich möchte auch Botschafter Çevik und Botschafter Kinnunen sowie Generalsekretärin Schmid für ihre Berichte und Ihnen und Ihren Teams für ihre sehr wichtige Arbeit danken.

Herr Vorsitzender,

Kanada beklagt die Situation, die Russland in der Ostukraine geschaffen hat und weiter anheizt. Seit wir vor drei Tagen in diesem Saal zusammengekommen sind – zu einem Treffen im Rahmen des Wiener Dokuments, bei dem sich die Ukraine um eine Deeskalation bemüht hatte, Russland sich aber weigerte, teilzunehmen haben wir eine unverhältnismäßige Zunahme von Verstößen gegen die Waffenruhe und insbesondere von Explosionen erlebt, die von den von Russland unterstützten bewaffneten Formationen ausgelöst wurden. Dies führt zu einer bedenklichen Verschlechterung der Sicherheitslage entlang der gesamten Kontaktlinie. Wir verurteilen den Einsatz schwerer Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Gebiete, einschließlich der Beschädigung kritischer ziviler Infrastruktur, die einen klaren Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen darstellen.

Die bewaffneten Formationen beschießen Wohngebiete, haben eine Grundschule bombardiert und beschießen Stellungen der ukrainischen Streitkräfte, wobei der 34-jährige Hauptmann Anton Sydorow ums Leben kam. Angesichts dieser Offensive legen die ukrainischen Streitkräfte eine unglaubliche Zurückhaltung an den Tag: Sie bleiben in ihren Stellungen, lagern ihre laut Minsk verbotenen Waffen in den ausgewiesenen Lagerbereichen und halten sich an die im Juli 2020 getroffene Vereinbarung zur Stärkung des Waffenruhe-regimes.

Von den von Russland unterstützten bewaffneten Formationen kann man das hingegen nicht behaupten. Dort wird bewusst ein Klima der Angst erzeugt, indem die Zivilbevölkerung aufgefordert wird, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete zu verlassen, wobei Russland ankündigt, dass es denjenigen, die nach Rostow und Woronesch „evakuieren“, 10 000 Rubel zahlen wird. Die bewaffneten Formationen rekrutieren auch

zwangsweise Männer zwischen 18 und 55 Jahren, um sich auf den angeblich „unmittelbar bevorstehenden Angriff“ aus der Ukraine vorzubereiten. Wir verurteilen die zahllosen Versuche Russlands und seiner bewaffneten Formationen in diesem Monat, die offenkundig falsche Behauptung zu verbreiten und aufrechtzuerhalten, die Ukraine beabsichtige, die Kontrolle über die von den Separatisten kontrollierten Gebiete mit Gewalt wiederzuerlangen.

Lassen Sie es uns in aller Deutlichkeit sagen. Seit 2014 hat die Ukraine nie eine Offensive in die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete unternommen. Die Behauptung, die Ukraine würde jetzt, da mehr als 170 000 russische Truppen vor ihrer Haustür stehen, plötzlich versuchen, die Kontrolle über die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete mit Gewalt zu erlangen, entbehrt jeder realen Grundlage und widerspricht jeglicher Logik. Es ist eine absurde und widersinnige Behauptung. Klar ist jedoch, dass Russland jetzt über genügend militärische Macht verfügt, um einen massiven Angriff auf die Ukraine in Ganz zu setzen. Mit den falschen Narrativen, die es verbreitet, wird immer deutlicher, dass Russland versucht, wieder nach dem gleichen Drehbuch vorzugehen wie in Georgien im Jahr 2008 und in der Ukraine im Jahr 2014, um die Welt zu täuschen. Das wird nicht funktionieren.

Herr Vorsitzender,

Russland hat jederzeit die Möglichkeit, sich für einen Dialog und diplomatische Lösungen zu entscheiden, um seine Sicherheitsbesorgnisse auszuräumen. Viele Optionen wurden auf den Tisch gelegt, auch im Rahmen der OSZE: der erneuerte europäische Sicherheitsdialog des Vorsitzes, die Sitzungen nach Kapitel III des Wiener Dokuments von letzter Woche und die Dringlichkeitssitzung der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) vom Samstag. Russland hat sich bisher geweigert, an irgendeiner dieser Sitzungen teilzunehmen. Hingegen nutzt die Ukraine alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zum Dialog, unter anderem durch die Aufnahme der Gespräche im Rahmen des Wiener Dokuments in der vergangenen Woche und durch die Beantragung von Dringlichkeitssitzungen der TKG, um die zunehmenden Verstöße gegen die Waffenruhe zu erörtern. Auch Russland hat die Möglichkeit, sich konstruktiv an einer diplomatischen Lösung zu beteiligen und die Situation zu deeskalieren, bevor es zu spät ist. Es hat dies nicht getan, und daher darf es keinen Zweifel daran geben. Wenn Russland weiter in die Ukraine einmarschiert, so tut es dies bewusst und vorsätzlich.

Wir hoffen inständig, dass Russland einen anderen Weg wählt. Es gibt immer eine diplomatische Option. Sollte sich Russland jedoch für eine weitere militärische Aggression gegen die Ukraine entscheiden, dann werden Kanada und seine Verbündeten und Partner der Ukraine zur Seite stehen und der russischen Wirtschaft massive Konsequenzen und hohe Kosten abverlangen.

1356. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

wir heißen erneut die verehrten Botschafter Mikko Kinnunen und Yaşar Halit Çevik auf der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates willkommen. Wir haben ihre Berichte vor dem Hintergrund der sich massiv verschlechternden Lage in der Ostukraine aufmerksam verfolgt.

Zur Stunde wird über verstärkte Kämpfe entlang der Kontaktlinie, über massiven Beschuss der Vorstädte von Donezk und Lugansk und über Operationen durch ukrainische Sabotage- und Aufklärungsgruppen in bestimmten Gebieten des Donbass berichtet. In den letzten Tagen wurden mehrere Geschosse von ukrainischem Hoheitsgebiet in Richtung der russischen Grenze abgefeuert. Heute Morgen wurde infolge eines solchen Zwischenfalls Grenzinfrastuktur in der Region Rostow der Russischen Föderation beschädigt. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass in der Nähe eine ukrainische Sabotage- und Aufklärungsgruppe bestehend aus mindestens fünf Personen und zwei gepanzerten Fahrzeugen versuchte, die russische Grenze zu verletzen.

Die derzeitige Eskalation im Donbass ist dadurch hervorgerufen, dass eine Reihe von westlichen Ländern die Weigerung der ukrainischen Behörden stillschweigend dulden, ihre Verpflichtungen nach dem Minsker Maßnahmenpaket vom 12. Februar 2015, das durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gebilligt wurde, nach Treu und Glauben zu erfüllen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Dokument bis Ende 2015 durch den direkten Dialog zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Konfliktparteien – der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk – und mit Hilfe der OSZE und ihrer Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) vollständig umgesetzt hätte werden sollen. Gemäß dem Maßnahmenpaket fußt die Beilegung auf einer Reihe von politisch-militärischen Verpflichtungen: eine vollständige Waffenruhe, der Waffenabzug, die Entflechtung von Truppen und Material der Konfliktparteien, eine Verfassungsreform, die einen Sonderstatus für bestimmte Gebiete des Donbass auf dauerhafter Grundlage fest schreibt, eine Amnestie für die Beteiligten an den Ereignissen im Donbass, die Abhaltung von lokalen Wahlen, die Wiederaufnahme sozioökonomischer Verbindungen und so weiter. Praktisch nichts davon wurde umgesetzt, vor allem deshalb, weil sich die Aufgaben der ukrainischen Behörden, die sich auf Nationalisten stützen, nicht geändert haben, nämlich das

Säen von Russophobie, die Zwangsuukrainisierung und die Unterdrückung abweichender Meinungen.

Als er 2019 an die Macht kam, wurde der derzeitige Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, massiv von Wählerinnen und Wählern unterstützt, die seinen Versprechen Glauben schenkten, innerhalb eines Jahres Frieden im Donbass zu schaffen und die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Tatsächlich jedoch stellte er sich gegen seine eigene Wählerschaft. Unter dem Druck der Nationalisten und der externen Strippenzieher hat er sich entschieden, die Minsker Vereinbarungen zu sabotieren und so zu tun, als beteilige er sich am Beilegungsprozess. Heute, nach fast drei Jahren an der Macht, erklärt der derzeitige Präsident der Ukraine offen, dass er mit keinem einzigen Punkt des Maßnahmenpakets zufrieden sei und dass das Dokument selbst angeblich „erbärmlich“ sei. Andere offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine behaupten zunehmend, dass die Minsker Abkommen nicht bindend oder grundsätzlich nicht umsetzbar seien. Zum Beispiel haben dies der Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Oleksij Danilow, der derzeitige Verteidigungsminister und ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Wiedereingliederung, Oleksij Resnikow, und die meisten Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine in der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) wiederholt verlautbart.

Die Simulierung diplomatischer Bemühungen um eine Beilegung durch die Vertreterinnen und Vertreter der ukrainischen Regierung und die inhaltsleere Betriebsamkeit in der TKG dienen den ukrainischen Behörden nur als Deckmantel zur Vorbereitung eines Szenarios, das schon vor langem angekündigt wurde – ihres sogenannten Plans B. Bereits im Dezember 2019 sagte Selenskyj, dass dieser Plan zur „Wiedererlangung der Gebiete“ vom nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine ausgearbeitet worden sei. Es wird offensichtlich, dass der Plan B den Versuch beinhaltet, eine Blitz-Offensive im Donbass durchzuführen, und natürlich keinen direkten Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern der Region vorsieht.

Die Absicht der ukrainischen Behörden, ein militärisches Szenario zu verfolgen, wird durch eine Reihe von NATO-Mitgliedstaaten bestärkt, die tödliche Waffen liefern, die für offensive Zwecke eingesetzt werden könnten. Darüber hinaus haben hunderte so genannte Ausbilderinnen und Ausbilder – wobei es sich in Wahrheit um Militärpersonal ausländischer bewaffneter Formationen aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada und einer Reihe von anderen Ländern handelt – das ukrainische Militär in den letzten Jahren methodisch auf Offensivoperationen in städtischen Gebieten vorbereitet und sie für den Einsatz ausländischer Waffen ausgebildet.

All das, zusammen mit der De-facto-Flucht des Personals einer Reihe von westlichen Ländern aus der SMM und der Ukraine im Allgemeinen, legt höchst unerfreuliche historische Parallelen nahe. Militärische Lösungen in Konfliktregionen im räumlichen Zuständigkeitsbereich der OSZE und darüber hinaus wurden nach einem ähnlichen Muster der westlich zentrierten Logik bereits umgesetzt. Zum Beispiel im früheren Jugoslawien und seiner autonomen Provinz Kosovo, wo eine Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten, unter Rückgriff auf „das Recht des Stärkeren“, das Hoheitsgebiet eines anderen OSZE-Teilnehmerstaats unter Verletzung des Völkerrechts bombardierte. Niemand wurde bis jetzt dafür zur Rechenschaft gezogen. Aus umfassenderer globaler Sicht können wir auch an den Lauf der Ereignisse in Irak, Syrien, Libyen und so weiter erinnern.

Die Ergebnisse der konsequenten Sabotage der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Regierung und des „Vollpumpens“ der Ukraine mit ausländischen Waffen ließen nicht lange auf sich warten – die Lage an der Kontaktlinie hat sich erheblich verschlechtert, und es kommt wieder zu bewaffneten Provokationen durch die ukrainischen Sicherheitskräfte. In den letzten Tagen hat die SMM Spitzenwerte bei den Verstößen gegen die Waffenruhe entlang der Kontaktlinie und eine Zunahme des Einsatzes schwerer Waffen, die nach den Minsker Vereinbarungen verboten sind, verzeichnet.

Die Mission war nicht in der Lage zu bestätigen, welche Seite für den angeblichen Beschuss eines Kindergartens in Stanyzja Luhanska auf dem Gebiet, das von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert wird, verantwortlich ist. Bis jetzt fanden die Informationen über die Wasser- und Gasinfrastruktureinrichtungen, die durch Beschuss in bestimmten Gebieten des Donbass zerstört wurden, keinen Eingang in ihre Berichte. Äußerst besorgniserregend sind die Berichte der Lugansker Behörden über einen Versuch der ukrainischen Streitkräfte, in den frühen Morgenstunden des 20. Februars in der Nähe der Siedlung Pionerske durchzubrechen, der den Tod zweier Zivilpersonen zur Folge hatte. Darüber hinaus gibt es Berichte über den Versuch einer Sabotagegruppe, in den frühen Morgenstunden des 21. Februars in den Bezirk Nowoasowsk im Süden der Region Donezk durchzubrechen, und über den Beschuss der Bezirke Petrowskij und Kijewskij der Stadt Donezk, infolgedessen eine Zivilperson getötet und zwei Schulgebäude schwer beschädigt wurden. Wir erwarten von der SMM, alle Berichte über Zerstörung und Opfer sorgfältig und operativ zu prüfen und sie rechtzeitig in ihre Berichte aufzunehmen.

Auch die Handlungslogik der OSZE-Führung wirft Fragen auf. Letzte Woche kündigte die verehrte Generalsekretärin Helga Schmid an, einen Mechanismus zur „Frühwarnung“ in Gang zu setzen. Wir dürfen daran erinnern, wie still die OSZE war, als zum Beispiel im Oktober 2021 das ukrainische Militär Offensivoperationen im Süden der Region Donezk durchführte. Damals bestätigte die SMM das Vorrücken der ukrainischen Streitkräfte über mehr als einen Kilometer und ihre Errichtung von Ingenieurbauwerken in der Nähe der Siedlungen Hranitne und Staromariwka. Ich erinnere daran, dass dieses Vorgehen zu einer Eskalation entlang der gesamten Kontaktlinie führte, während derer die ukrainischen Streitkräfte frisch gelieferte ausländische Waffensysteme einsetzten. Wo war damals die „Frühwarnung“? Im Grunde hätte man diesen Mechanismus bereits vor acht Jahren in Gang setzen sollen, auf dem Höhepunkt der Ereignisse auf dem Maidan, die den Beginn des blutigen Konflikts auslösten, oder als im August 2014 und im Januar und Februar 2015 die heftigsten Kämpfe im Donbass stattfanden.

Wir sind überrascht von der gemeinsamen Erklärung des verehrten Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Zbigniew Rau, und der Generalsekretärin Helga Schmid vom 18. Februar, in der unter anderem „die Verbreitung falscher Informationen hinsichtlich einer bevorstehende Militäraktion der Kräfte der ukrainischen Regierung“ beklagt wird. Gleichzeitig erfolgte keine Reaktion seitens der OSZE-Führung und keine Warnung davor, Hysterie und Konfrontation zu schüren, als in den vergangenen Monaten in einigen Ländern in politischen Kreisen und in der Presse falsche „Vorhersagen“ einer imaginären „russischen Invasion der Ukraine“ zu vernehmen waren.

All dies wirft ernste Fragen im Hinblick auf die Fähigkeit der OSZE-Führung auf, auf objektive und unvoreingenommene Art und Weise einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der innerukrainischen Krise zu leisten.

Verehrter Botschafter Kinnunen,

wir können unsere Enttäuschung nicht verhehlen, dass Sie sich der Kampagne angeschlossen haben, das Vorgehen des ukrainischen Militärs angesichts der derzeitigen Eskalation im Donbass tatsächlich zu rechtfertigen. Wir bedauern, dass Sie die Signale betreffend die Notwendigkeit unparteiisch zu bleiben, nicht beherzigt haben, die Ihnen in Moskau am 15. Februar gesandt wurden, als Sie den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE Rau begleitet haben. Die an den Tag gelegte Parteinahme wird kaum zum Erfolg der Arbeit der TKG unter ihrer Leitung beitragen.

Bitte teilen Sie uns Ihre Gründe mit, warum Sie überzeugt sind, dass der ukrainische Generalstab keine Offensivpläne hat. Haben Sie diesbezüglich schriftliche Versicherungen vom Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Walerij Saluschnyj? Vielleicht wurde in der TKG unter ihrer Beteiligung eine Einigung erreicht, in der der ukrainische Vertreter schriftlich bestätigt, dass keine offensiven Operationen geplant seien? Es sollte heute daran erinnert werden, wie sich die ukrainische militärische Führung fast ein Jahr lang weigerte, im Einklang mit den Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe, die im Juli 2020 in der TKG vereinbart wurden, Befehle zu veröffentlichen.

Wir möchten betonen, dass eine mehrere Tausend Mann zählende Gruppe der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie im Donbass zusammengezogen wurde. Vertreterinnen und Vertreter der ukrainischen Führung auf verschiedenen Ebenen geben Erklärungen ab, die im Kern die Minsker Vereinbarungen negieren und den Weg für eine gewaltsame Lösung der sogenannten Donbass-Frage ebnen.

Im Übrigen jährt sich die Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch und den Anführern der Proteste zur Lösung der politischen Krise in der Ukraine in Kiew heute genau zum achten Mal. Hochrangige Vertreter von Frankreich, Deutschland und Polen, die dieses Dokument unterzeichneten, fungierten als Garanten der Vereinbarung. Gleich am nächsten Tag wurde der Text mit ihrer stillschweigenden Duldung mit Füßen getreten: Vertreterinnen und Vertreter der Opposition führten mit Unterstützung von illegalen bewaffneten Gruppen und nationalistischen Formationen einen Staatsstreich durch und erklärten sich zur neuen Regierung. All das führte zu einem bewaffneten zivilen Konflikt in der Ostukraine. Ein ähnliches Vorgehen lässt sich allem Anschein nach nun in Bezug auf die Minsker Vereinbarungen beobachten: Ihre Sabotage trifft auf ähnliche Billigung aus dem Ausland. Dies könnte eine neue Welle des Blutvergießens nach sich ziehen.

Es sind dringende Maßnahmen erforderlich, um die ukrainische Regierung zu zwingen, ihre militärische Logik aufzugeben und so schnell wie möglich im direkten Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern von Donezk und Lugansk mit der vollständigen Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 zu beginnen. Der Schlüssel zum dauerhaften Frieden, zur Wiederherstellung der Eintracht in der Bevölkerung der Ukraine und zum Abbau der Spannungen rund um dieses Land liegt in der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen nach Treu und Glauben. Die ukrainische Regierung muss sich dafür nur mit den Vertreterinnen und Vertretern des Donbass an den Verhandlungstisch setzen und politische, militärische, wirtschaftliche und humanitäre Maßnahmen zur Beendigung des Konflikts vereinbaren und umsetzen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1356. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich danke auch den beiden Botschaftern Kinnunen und Çevik für ihre heutigen Unterrichtungen und für ihre nie erlahmenden Bemühungen um den Frieden. Wir sind dankbar für alles, was Sie tun. Und ja, Fakten sind wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen heute am Abgrund eines regelrechten russischen Krieges gegen die Ukraine. Wir müssen zu einer sehr schwierigen Schlussfolgerung kommen. So viele Teilnehmerstaaten an diesem Tisch haben so viel Energie in den diplomatischen Weg investiert und nach allen möglichen Wegen zur Deeskalation im Einklang mit unseren Grundprinzipien gesucht. Wir haben die Sicherheitsbesorgnisse Russlands ernst genommen. Wir haben neue Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben versucht, neue Konzepte für Transparenz, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle zu entwickeln, die uns helfen sollten, eine stärkere und dauerhaftere europäische Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Wir haben einen neuen Europäischen Sicherheitsdialog ins Leben gerufen, um kreative Ideen hervorzubringen und jedem Land an diesem Tisch die Möglichkeit zu geben, seine Vorstellungen für unsere kollektive Sicherheit einzubringen. Und wir bleiben –jetzt und fürderhin – dem Dialog und der Diplomatie verpflichtet. Und dem Frieden. Ganz besonders dem Frieden.

Aber die Fakten lassen sich nicht vom Tisch wischen: Keiner von uns kann darüber hinwegsehen, dass Russlands Streitkräfte in alarmierendem Tempo gewachsen sind und dass so viele Gefechtsverbände nur wenige Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt zum Angriff bereitstehen. All dies fällt zusammen mit einem massiven und ungewöhnlichen Truppenaufmarsch in Belarus in unmittelbarer Nähe der ukrainischen Grenze – einer so genannten „Übung“, die gestern enden sollte, wie man uns sagte, die nun aber auf unbestimmte Zeit verlängert wurde. Zeitgleich mit einer groß angelegten Atomübung. Zeitgleich mit einer massiven Aufrüstung der Marine im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer. Zeitgleich mit einer Kriegsrhetorik, die suggeriert, dass die Ukraine entweder kein Staat sein sollte oder keine unabhängige Außenpolitik haben sollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass viele in diesem Saal vor einigen Monaten dachten, dass wir vielleicht nur Zeuge einer Übung in erpresserischer Diplomatie

werden würden. Und obwohl niemand von uns die Zukunft vorhersagen kann, können wir eine solche beispiellose Androhung von Gewalt auch nicht ignorieren. Die Geschichte lehrt uns, dass die Androhung von Gewalt – ob sie nun euphemistisch als „militärtechnisches Mittel“ oder mit einem anderen Fachterminus bezeichnet wird – nur allzu oft in die tatsächliche Anwendung von Gewalt mündet. Das Leben unschuldiger Menschen ist bedroht und deshalb müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren, um zu verhindern, dass es zu diesem Angriffskrieg kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie alle wissen, handelt es sich um die größte militärische Mobilmachung in Europa seit dem Kalten Krieg. Russische Soldaten, Panzer, Luftfahrzeuge und Schiffe umzingeln die Ukraine. Wir sind bereits Zeuge von Cyberangriffen auf die Ukraine geworden. Es wäre jedoch eine Unterlassung, nur das Passiv zu verwenden. Uns liegen technische Erkenntnisse vor, die den russischen zentralen militärischen Nachrichtendienst GRU mit den Distributed-Denial-of-Service-Angriffen auf die ukrainischen Bankensysteme in der vergangenen Woche in Verbindung bringen. Schließlich dürfen wir nicht vergessen, dass die von der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) in den letzten Tagen registrierten Verletzungen der Waffenruhe den Tagesdurchschnitt des letzten Jahres um mehr als das Doppelte überstiegen haben, wie Botschafter Cevik gerade feststellte.

Lassen Sie es mich so deutlich wie irgend möglich sagen: Das ist kein Hype. Das ist keine Hysterie. Das ist keine bloße Provokation. Was auch immer Russland zu behaupten versucht - die kalte, harte Wahrheit lautet, dass Russland gerade jetzt versucht, einen Vorwand für eine militärische Aktion zu konstruieren. Wir haben das vorhergesehen und in Echtzeit die Informationen über die Möglichkeit einer Operation unter falscher Flagge weitergegeben.

Für jeden, der die russische Taktik kennt, ist das nichts Neues. Sie stammt direkt aus der Spielanleitung, die auf Leugnung, Täuschung und Desinformation basiert – mit dem Ziel, gerade genug plausible Zweifel zu schüren, um uns aus dem Konzept zu bringen, bis es zu spät ist. Das haben wir 2014 in der Ukraine erlebt. Und 2008 in Georgien. Und letzte Woche sah die Welt ein Paradebeispiel für Russlands Doppelspiel mit seinem vorgetäuschten Truppenabzug von der Halbinsel Krim. Anstatt zu deeskalieren, hat Russland seine Streitkräfte und Ausrüstung in der Nähe der Ukraine, in Belarus und im Schwarzen Meer erheblich aufgestockt.

Wann immer wir in diesem Rat die russische Aggression gegen die Ukraine erörtern, wiederholt Russland immer wieder seine Behauptung, es sei keine Partei im Konflikt in der Ukraine. Es versucht, das falsche Narrativ zu verbreiten, dass es lediglich „Vermittler“ sei, als ob die Raketenwerfer, ELOKA-Systeme und Panzer in den von Russland kontrollierten Teilen von Donezk und Luhansk vor Ort hergestellt und von Einheimischen befehligt und gelenkt würden. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Erinnern wir uns daran, dass vor nicht allzu langer Zeit ein russisches Gericht die Präsenz von Zehntausenden von russischen Truppen im Donbass bestätigt hat. Wir fordern daher Russland als Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen und als Aggressor in diesem Konflikt auf, seine Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Frieden und der Sicherheit einzuhalten.

Lassen Sie uns auch innehalten und uns vergegenwärtigen, was Krieg eigentlich bedeutet. Er bedeutet ein Gemetzel. Er bedeutet eine humanitäre Katastrophe. Er bedeutet

den Tod von Zivilpersonen, unschuldigen Männern, Frauen und Kindern. Wie die 14 000, die in diesem Krieg seit 2014 bereits ihr Leben gelassen haben. Krieg bedeutet auch Besatzung, Gefangenschaft, Folter. Wir haben bereits Berichte über die zwangsweise Rekrutierung von Männern und auch jungen Männern erhalten, die gegen ihren Willen zu Sammelplätzen und von dort an die Front in den von Russland kontrollierten Teilen von Donezk und Luhansk gebracht wurden. Reden wir nicht darum herum, es wäre ein Angriffskrieg, eine bewusste Entscheidung zum Krieg, einem Krieg, der seit Monaten im Voraus geplant wird. Von diesem Krieg sind wir nur einen erfundenen Vorwand weit entfernt.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben deutlich gemacht, dass unsere Antwort, sollte Russland die Ukraine angreifen, geschlossen, schnell und hart sein wird. Wir haben deutlich gemacht, dass Russland im Falle eines weiteren Vordringens in die Ukraine zum Paria der internationalen Gemeinschaft wird, von den globalen Finanzmärkten isoliert und ihm der Zugang zu den modernsten technologischen Ressourcen verwehrt wird. Wir haben auch deutlich gemacht, dass es immer noch einen diplomatischen Weg nach vorn gibt, wenn Russland dazu bereit ist. Solange die Panzer nicht rollen, die Flugzeuge nicht fliegen und die Aggression noch nicht in vollem Umfang begonnen hat, werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die Diplomatie fortzusetzen. Die Vereinigten Staaten fordern Russland daher erneut nachdrücklich auf, seine gefährlichen Provokationen und die Suche nach einem Vorwand für eine weitere Invasion in der Ukraine einzustellen. Lassen Sie uns an den Verhandlungstisch zurückkehren, bevor noch mehr Menschenleben zu beklagen sind.

Ein letzter Punkt, Herr Vorsitzender: Soweit ich weiß, erörtert der russische Sicherheitsrat derzeit die mögliche Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete in der Ostukraine durch den Kreml. Dies wäre nicht nur eine vollständige Abkehr von den Minsker Vereinbarungen, über die mein russischer Kollege gerade lange referiert hat, sondern auch von der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen. Sollte dies geschehen, würde dies erneut dazu führen, dass die regelbasierte internationale Ordnung unter Androhung von Gewalt umgestoßen wird. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist zu beklagen und, wie die EU-Botschafterin sagte, zu verurteilen. Und zwar von uns allen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1356. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, für die heutige Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates. Und ich danke dem leitenden Beobachter Cevik und dem Sonderbeauftragten Kinnunen für ihre aktuellen Informationen. Wir unterstützen weiterhin nachdrücklich die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) und ihren unparteiischen Ansatz als Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft vor Ort. Wir sind auch der Trilateralen Kontaktgruppe dankbar für die entscheidende Rolle, die sie bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen spielt.

Wir treten nun in eine zunehmend gefährliche Phase ein. Russlands militärischer Aufwuchs in und um die Ukraine ist der größte Einsatz auf dem europäischen Kontinent seit dem Ende des Kalten Krieges. Das ist mehr als nur „ungewöhnlich“. Es ist bedrohlich und gefährlich für die Ukraine und fordert die globale Sicherheit und die internationale Ordnung heraus.

Anstatt seiner erklärten Verpflichtung zum Dialog nachzukommen, legt Russland stattdessen Geringschätzung für die OSZE-Verpflichtungen an den Tag, die es freiwillig eingegangen ist.

Russland hat jedes Treffen boykottiert, das die Ukraine gemäß Kapitel III des Wiener Dokuments beantragt hat. In Anbetracht der soeben dargelegten Umstände ist es indes außergewöhnlich, dass Russland der Ukraine vorwirft, zu provozieren. Auf Schritt und Tritt hat Russland die Situation vernebelt und mit Ablenkungsmanövern verzögert.

Dies steht in krassem Widerspruch zum Vorgehen der Ukraine. Angesichts des äußerst provozierenden Verhaltens Russlands unternimmt die Ukraine enorme diplomatische Anstrengungen, um die Spannungen abzubauen. Sie engagiert sich weiterhin konstruktiv im Normandie-Format und in der Trilateralen Kontaktgruppe. Die Ukraine hat wiederholt dafür gesorgt, dass die SMM in den von der Regierung kontrollierten Gebieten Beobachtungen durchführen kann, im Gegensatz zu Russlands Marionetten, die systematisch versuchen, die Bewegungsfreiheit der Mission einzuschränken.

Hier in Wien hat die Ukraine die Initiative des polnischen Vorsitzes zur Abhaltung eines erneuerten europäischen Sicherheitsdialogs begrüßt. Die Ukraine hat die Frühwarnung

der Generalsekretärin der OSZE begrüßt und ihre Bereitschaft bekundet, weitere OSZE-Maßnahmen zum Abbau der Spannungen zu prüfen. Die Ukraine hat die Verfahren des Wiener Dokuments der OSZE genutzt, um ihre Besorgnis mitzuteilen und Russland die Möglichkeit zu geben, Fragen zu seinen ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten zu beantworten.

Wenn es dem Kreml mit einer diplomatischen Lösung ernst ist, muss er sich ernsthaft engagieren und sich zu sinnvollen Gesprächen im Rahmen der OSZE durchringen.

Herr Vorsitzender, wir teilen die große Besorgnis des Amtierenden Vorsitzenden Rau und der Generalsekretärin Schmid über die deutliche Zunahme der bewaffneten Gewalt in der Ostukraine. In ihrem Bericht vom 18. Februar meldete die SMM an die 900 Verletzungen der Waffenruhe, darunter über 600 Explosionen. Am 19. Februar lag die Zahl der Verstöße gegen die Waffenruhe bereits bei mehr als 1 500, bei denen es sich in überwiegender Zahl um Explosionen handelte. Wir verurteilen den Einsatz schwerer Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Gebiete, der einen klaren Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen darstellt.

Wir stellen fest, dass sich die überwiegende Mehrheit der von der SMM beobachteten Waffen, die gegen die Rückzugslinien verstoßen, in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten befinden und dass die Mission berichtet, in den Monaten November und Dezember Ausbildungslagern der von Russland unterstützten bewaffneten Formationen gegenüber den Vormonaten September und Oktober eine beträchtliche Zunahme der Zahl an schweren Waffen beobachtet zu haben.

Wir begrüßen die Bemühungen von Botschafter Kinnunen, eine außerordentliche Sitzung der Trilateralen Kontaktgruppe einzuberufen, um dieser besorgniserregenden Eskalation zu begegnen. Wir bedauern, dass Russland und seine Marionetten sich erneut für den Boykott entschieden haben.

Wir müssen uns fragen, warum? Warum lassen sich die Separatistenführer nicht auf einen Dialog ein, wenn sie um ihre Sicherheit fürchten? Warum lässt sich Russland nicht auf einen Dialog ein, wenn es glaubt, dass die Ukraine eine Offensive vorbereitet?

Weil sie keine Transparenz wollen. Sie wollen sich nicht auf eine Verminderung der Risiken einlassen. Stattdessen wollen sie ihre Desinformationskampagne fortsetzen, die darauf abzielt, die Ukraine zu destabilisieren und einen falschen Vorwand für einen Einmarsch in die Ukraine zu schaffen.

Wir brauchen uns nur die Maßnahmen anzusehen, die am 18. Februar von den selbst ernannten „Volksrepubliken“ ergriffen wurden. Die Anführer der Separatisten behaupteten, ein Angriff aus der Ukraine stünde kurz bevor. Über den Äther ordneten sie „Notfall“-Evakuierungen an. Unabhängige Expertinnen und Experten aus mehreren Ländern haben jedoch inzwischen bestätigt, dass die den Videos beigefügten Metadaten beweisen, dass sie am 16. Februar aufgenommen wurden.

Das Vereinigte Königreich und seine Partner haben mehr als 70 verschiedene solcher Geschichten behaupteter „Provokationen“ identifiziert, die von staatlich kontrollierten russischen Quellen seit Anfang Februar verbreitet wurden. Die Menge an Desinformationen,

die von diesen Quellen verbreitet werden, hat sich allein in der letzten Woche verdoppelt. Wir müssen alle gemeinsam wachsam bleiben und in den kommenden Tagen bei derartigen Meldungen äußerste Vorsicht walten lassen.

Herr Vorsitzender, das Vereinigte Königreich unterstreicht seine anhaltende Unterstützung für die Bemühungen Deutschlands und Frankreichs im Rahmen des Normandie-Prozesses, die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sicherzustellen. Wir begrüßen die öffentlichen Erklärungen von Präsident Selenskyj, in denen er das feste Bekenntnis der Ukraine zu den Minsker Vereinbarungen und seine Bereitschaft, einen konstruktiven Beitrag zu diesem Prozess zu leisten, unterstreicht.

Wir rufen Russland auf, die Chance zu ergreifen, die die Vorschläge der Ukraine für den diplomatischen Weg darstellen. Wir fordern Russland außerdem erneut auf, sich ernsthaft am erneuerten europäischen Sicherheitsdialog zu beteiligen und sich mit den Gesprächsangeboten im NATO-Russland-Rat und dem Strategischen Stabilitätsdialog zwischen den Vereinigten Staaten und Russland zu befassen.

Wenn Russland sich für den alternativen Weg einer weiteren militärischen Aggression gegen die Ukraine entscheidet, sollte es sich darüber im Klaren sein, dass es mit massiven Konsequenzen rechnen muss, einschließlich finanzieller und wirtschaftlicher Sanktionen gegen eine Vielzahl sektorenbezogener und individueller Ziele, die mit schwerem und bisher nicht gekanntem Ausmaß für die russische Wirtschaft verbunden sein werden. Wie die Außenminister der G-7 am 18. Februar klarstellten, werden wir im Falle eines solchen Ereignisses koordinierte restriktive Maßnahmen ergreifen.

Herr Vorsitzender, Russland hat noch immer die Wahl. Es kann sich über die VN-Charta und die Schlussakte von Helsinki hinwegsetzen und die schmerzhaften wirtschaftlichen und politischen Kosten eines Krieges gegen die Ukraine auf sich nehmen. Oder es kann sich dafür entscheiden, seinen Worten Taten folgen zu lassen, seine Truppen zurückzuziehen, sich auf sinnvolle Gespräche einzulassen und im besten Interesse von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa zu handeln. Wir fordern Russland dringend auf, den Weg des Dialogs und der Diplomatie zu wählen.

1356. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

wir verfolgen die jüngsten Entwicklungen in der ukrainischen Region Donbass mit großer Besorgnis. Um diese Frage zu lösen, die die internationale Sicherheit über die Region hinaus gefährdet, müssen alle Seiten zurückhaltend und verantwortungsbewusst vorgehen. Die Diplomatie sollte dringend in Gang gesetzt werden.

Wir betonen unsere unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine, einschließlich der Krim und ihrer Hoheitsgewässer. Die Unabhängigkeit, Souveränität und politische Einheit der Ukraine im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen und dem Völkerrecht müssen geachtet werden.

Wir sind dankbar für die umfassenden Vorträge von Botschafter Çevik und Botschafter Kinnunen. Die Beobachtungen der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) in Bezug auf die dramatische Zunahme kinetischer Aktivitäten entlang der Kontaktlinie in der Ostukraine ist besorgniserregend.

In dieser kritischen Phase sollte jeder Schritt mit äußerster Vorsicht gesetzt werden. Wir müssen alle wachsam sein im Hinblick auf rücksichtslose Desinformationskampagnen, die die Gegebenheiten leicht verschlechtern könnten.

Wir teilen uneingeschränkt die jüngsten Aufrufe des Amtierenden Vorsitzenden und der Generalsekretärin, in denen die Notwendigkeit betont wird, sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten und die ohnehin schon angespannte Lage zu deeskalieren. Es ist höchste Zeit, Zurückhaltung zu üben. Die Kanäle für den Dialog sollten offen gehalten werden. Wir müssen uns alle weiterhin auf die Diplomatie konzentrieren und besonnen vorgehen.

Dennoch haben, wie wir zu unserem Bedauern erfahren haben, einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Trilateralen Kontaktgruppe ihre Teilnahme an der Sondersitzung am 19. Februar an bestimmte politische Vorbedingungen geknüpft.

Die Minsker Vereinbarungen sollten vollständig umgesetzt werden. Andere Entscheidungen werden zu verheerenden Folgen für den gesamten OSZE-Raum führen. Leider zahlen unschuldige Zivilpersonen bereits den höchsten Preis.

Mein Land wird sich weiterhin an allen diplomatischen Bemühungen beteiligen und einen konstruktiven Beitrag leisten. Wir setzen auch unsere bilateralen Gespräche fort und bleiben mit allen maßgeblichen Seiten in Kontakt – auf allen Ebenen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Lassen Sie uns die OSZE als Plattform für mehr Dialog und Konsultationen nutzen, darunter den vom Vorsitz in Gang gesetzten Prozess des erneuerten europäischen Sicherheitsdialogs parallel zur aktiven Nutzung aller maßgeblicher Mechanismen der Vertrauens- und Sicherheitsbildung.

Herr Vorsitzender,

als wir erstmalig im Konsens die SMM einrichteten, war es unser wichtigstes Ziel, Spannungen abzubauen und Frieden, Stabilität und Sicherheit zu fördern, wie es in dem Beschluss Nr. 1117 des Ständigen Rates niedergelegt ist. Dieses Ziel ist heute von noch größerer Bedeutung und es so schnell wie möglich zu erreichen, noch wichtiger.

Deshalb betonen wir noch einmal unsere unverbrüchliche Unterstützung der SMM, die unparteiisch und transparent arbeitet. Besonders in diesen Tagen – unter den gegebenen Umständen – ist die Anwesenheit der SMM in der Ukraine essentiell, um objektiv über die Tatsachen vor Ort zu berichten. Wir dürfen alle noch einmal daran erinnern: Es zählen die Fakten. Deshalb sollten wir Schaden von der SMM und ihren Beobachterinnen und Beobachtern abwenden.

Ich ersuche Sie höflich, Herr Vorsitzender, um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1356. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ISLANDS

Herr Vorsitzender,

obschon Island sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union anschließt, habe ich um das Wort gebeten, um einige Bemerkungen im Namen meines Landes hinzuzufügen.

Die heutige Sitzung findet vor dem Hintergrund einer äußerst besorgniserregenden Lage in der und um die Ukraine statt.

Trotz wiederholter internationaler Aufforderungen zur Deeskalation und reger Versuche, den Weg der Diplomatie und des politischen Dialogs zu beschreiten, verschlechtert sich die Lage in der Ostukraine nur. Die jüngsten Nachrichten aus Belarus sind besonders beunruhigend.

Unsere gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen spiegeln unsere Verpflichtungen nach dem Völkerrecht wider und sind für die Sicherheit unserer Region von grundlegender Bedeutung.

Durch seinen erheblichen militärischen Aufmarsch, seine bisherige Weigerung, einen Dialog zu führen und Transparenzmaßnahmen im Einklang mit den Bestimmungen des Wiener Dokuments zu ergreifen sowie seine Untergrabung der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine rüttelt Russland an dem Fundament selbst, auf dem unsere Organisation aufbaut und von dem die europäische Sicherheit abhängt. Wir fordern Russland auf, von diesem gefährlichen Kurs abzurücken.

Die normalen Bürgerinnen und Bürger, die sich nach Frieden sehnen, verdienen es, von Gewalt und Krieg und von der Androhung von Gewalt und Krieg verschont zu bleiben. Bedauerlicherweise sind diese Übel für allzu viele tägliche Realität geworden.

Wir wiederholen unsere Aufforderung zur vollständigen und raschen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und betonen unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Herr Vorsitzender,

wie in den letzten Tagen so oft erklärt wurde, muss die Tür für die Diplomatie und den Dialog offen bleiben. Eine friedliche Lösung dieser Lage ist der einzig hinnehmbare Ausweg.

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1356. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS
(AUCH IM NAMEN DEUTSCHLANDS)**

Obschon es sich der Erklärung der Europäischen Union anschließt, möchte Frankreich, auch im Namen Deutschlands, folgende Punkte betonen.

Die Zunahme von Verstößen gegen die Waffenruhe entlang der Kontaktlinie in den vergangenen Tagen ist sehr besorgniserregend. Wir verurteilen den Einsatz schwerer Waffen und den wahllosen Beschuss ziviler Gebiete, die klare Verstöße gegen die Minsker Vereinbarungen darstellen.

Wir bringen weiterhin unsere große Besorgnis über den massiven Aufmarsch russischer Streitkräfte in und um die Ukraine zum Ausdruck und fordern Russland auf, durch einen umfangreichen Abzug der Streitkräfte aus der Nähe der ukrainischen Grenzen zur Deeskalation beizutragen. Nach der Ankündigung der russischen Behörden, dass einige ihrer Truppen, die derzeit an den Grenzen der Ukraine und auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim stationiert sind, an ihre Heimatstandorte zurückkehren würden, muss Russland noch überzeugende und konkrete Schritte diesbezüglich unternehmen. Die gestrige Ankündigung der belarussischen Behörden, dass die gemeinsamen militärischen Übungen mit Russland länger als ursprünglich geplant andauerten, sendet ein widersprüchliches Signal. Wir werden die Entwicklungen vor Ort weiterhin genau beobachten.

Wir haben die Ankündigung der Anführer der selbsternannten „Volksrepubliken“ von Donezk und Luhansk zur Kenntnis genommen, die Bewohnerinnen und Bewohner der Region als sogenannte Vorsichtsmaßnahme in Erwartung eines möglichen ukrainischen Angriffs nach Russland zu evakuieren. Wir sehen keine Gründe für diese Anschuldigungen und fordern Russland nachdrücklich auf, seinen Einfluss über die selbsternannten Republiken zu nutzen, um zur Zurückhaltung zu ermutigen und zur Deeskalation beizutragen.

Wir sind besorgt, dass inszenierte Zwischenfälle als Vorwand für eine mögliche militärische Eskalation benützt werden könnten.

In der derzeitigen Lage ist es essentiell, objektive Informationen über die Entwicklungen vor Ort zu erhalten. Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) spielt eine Schlüsselrolle bei den Deeskalationsbemühungen als Augen und Ohren der

internationalen Gemeinschaft. Frankreich und Deutschland werden ihr entsandtes Personal der SMM vor Ort belassen, um sicherzustellen, dass die Mission in dieser kritischen Phase weiter funktionsfähig bleibt. Wir bekräftigen die Notwendigkeit sicherzustellen, dass die Mission freien, sicheren, geschützten und ungehinderten Zugang in der gesamten Ukraine hat. Frankreich und Deutschland sind fest entschlossen, Russland an seine diesbezügliche Verantwortung zu erinnern.

Wir begrüßen die verschiedenen Versuche des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Botschafters Kinnunen, Sondersitzungen der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) einzuberufen, um Spannungen abzubauen und sich mit der derzeitigen Lage zu befassen. Wir fordern Russland und die De-facto-Vertreterinnen und -Vertreter der selbsternannten Republiken auf, einem solchen Treffen in den nächsten Tagen zuzustimmen, um zur Deeskalation beizutragen.

Frankreich und Deutschland bekräftigen ihre unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Unsere beiden Länder setzen ihre Bemühungen im Rahmen des Normandie-Formats fort, um die Minsker Vereinbarungen vollständig umzusetzen. Wir wissen die Zusage der ukrainischen Behörden zu schätzen, der TKG Textentwürfe zu den nach den Minsker Vereinbarungen erforderlichen Rechtsvorschriften vorzulegen. Dies wäre ein konstruktiver Beitrag der Ukraine, um voranzukommen. Wir fordern Russland auf, sich konstruktiv zu beteiligen und alle seine Verpflichtungen, auch in Bezug auf humanitäre Fragen und Fragen der Sicherheit, zu erfüllen, um zur vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu gelangen.

Wir sprechen dem polnischen Vorsitz für seinen Einsatz in diesem Zusammenhang unsere Anerkennung aus, insbesondere auch dafür, dass er einen neuen Dialog- und Verhandlungsprozess in der OSZE in Gang gesetzt hat – den erneuerten europäischen Sicherheitsdialog. Wir unterstützen diese Maßnahmen nachdrücklich und werden aktiv an diesem Prozess teilnehmen. Wir fordern Russland auf, von den Bestimmungen des Wiener Dokuments vollständig Gebrauch zu machen und diesbezüglich Beobachterinnen und Beobachter aus den Teilnehmerstaaten zu den entsprechenden Stätten und Aktionen einzuladen.

Wir erwarten, dass Russland sowohl im Normandie-Format als auch in der TKG zu diesen Erörterungen in konstruktiver und verantwortungsvoller Weise beiträgt. Wir fordern Russland auch auf, seinen Einfluss, den es über die De-facto-Vertreterinnen und -Vertreter der Gebiete hat, die nicht von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden, stärker zu nutzen.

Über den Konflikt in der Ukraine hinaus haben Frankreich und Deutschland alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Fortsetzung des Dialogs über die Sicherheit in Europa zu ermöglichen. Auf Vorschlag des Präsidenten der Französischen Republik und unter der Voraussetzung, dass Russland inzwischen keine Aggression gegen die Ukraine begeht, haben die Präsidenten Biden und Putin beide grundsätzlich einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs, bilateral und dann mit allen Akteurinnen und Akteuren, über die Sicherheit und strategische Stabilität in Europa zugestimmt. Er wird von den Außenministern Blinken und Lawrow auf ihrem Treffen am Donnerstag, dem 24. Februar inhaltlich vorbereitet.

Seien Sie versichert, dass das Engagement Frankreichs und Deutschlands nicht ins Wanken geraten wird.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal der heutigen Sitzung.

1356. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LETTLANDS

Herr Vorsitzender,

wir danken den Botschaftern Çevik und Kinnunen für ihre Unterrichtung heute.

Lettland schließt sich der im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an; ich möchte jedoch als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir danken Ihnen, Herr Vorsitzender, für die Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates auf Ersuchen der Ukraine. Wir bringen unsere uneingeschränkte Unterstützung für alle Bemühungen des polnischen OSZE-Vorsitzes und der Generalsekretärin der OSZE zum Ausdruck, eine regelbasierte Lösung der derzeitigen Sicherheitskrise zu finden. Wir bekräftigen unsere Billigung der Arbeit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine und betonen erneut, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die Mission alle erforderliche Unterstützung erhält, darunter ungehinderten Zugang zum gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, um in der Lage zu sein, ihr Mandat zu erfüllen.

Meine Delegation möchte einmal mehr ihre starke und unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zum Ausdruck bringen.

Wir fordern die Russische Föderation nachdrücklich auf, die Lage zu deeskalieren und alle möglichen diplomatischen Mittel zu nutzen, auch die Instrumente, die in der OSZE zur Verfügung stehen, um alle Fragen friedlich zu lösen. Denn es ist offensichtlich, dass nur eine Seite den Konflikt erzeugt und schürt.

Derzeit können wir beobachten, wie die Russische Föderation nicht nur ihre Truppen nicht von der ukrainischen Grenze abzieht, sondern zusätzlich eine erhebliche Anzahl ihrer Truppen in Belarus belässt, in der Nähe der Grenze dieses Landes mit der Ukraine. Das ist eine grundlose Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Ukraine und des gesamten OSZE-Gebiets.

Auf die größte Konzentration von Truppen in Europa seit dem Kalten Krieg zu reagieren, ist kein Zeichen von „Hysterie“, wie die Russische Föderation und Belarus behaupten, denn Tatsache ist, dass Russland, genau wie zu Zeiten der Sowjetunion, erneut plant, seine Grenzen bis zu einigen europäischen Staaten auszuweiten, die schon eine ganze Weile lang nicht mehr seine unmittelbaren Nachbarn sind.

Was wirklich als Hysterie erachtet werden muss, ist die Entscheidung, 190 000 Mann auf russischem und belarussischem Hoheitsgebiet in der Nähe der Grenze der Ukraine und ihrer vorübergehend besetzten Gebiete zu stationieren.

Hysterie ist die Verbreitung von Desinformation, die mit Mitteln der künstlichen Intelligenz und durch einfaches kritische Denken überaus leicht zu enttarnen ist. Hysterie ist die Inszenierung von Operationen unter falscher Flagge und die Beteiligung an Provokationen. Hysterie ist die Evakuierung von Menschen aus einem Gebiet, das Russland selbst besetzt hält, ohne jedwede reale Bedrohung, außer der, die von Russland selbst ausgeht.

Die Russische Föderation ist das größte Land der Welt.

Stellen Sie sich einen Augenblick lang vor, wie es wäre, wenn alle menschlichen, finanziellen und intellektuellen Ressourcen, die von der Russischen Föderation derzeit in die Bedrohung und Besetzung anderer Länder, in die Vorbereitung und Verbreitung von Desinformation, in die Reaktion auf die verheerenden Auswirkungen ausländischer Sanktionen und in die Konzentration von Truppen an der Grenze eines weiteren Landes investiert werden, in ihre innere Entwicklung zu einem wohlhabenden Staat geleitet würden, der mit dem Rest der Welt in Frieden lebt. Was für eine Supermacht könnte Russland in diesem Fall werden – mit positiven Folgen vor allem für das Land selbst und seine Bevölkerung?

Anstatt der Vergangenheit nachzutruern, sollten Russland und Belarus sie hinter sich lassen, sie den Geschichtsbüchern überlassen und all die harten Lektionen betreffend die schreckliche Zerstörung, zu der ein fehlgeleitetes Überlegenheitsgefühl führen kann, verinnerlichen. Sie sollten nach vorne blicken und versuchen, eine bessere Zukunft für jede Einzelne und jeden Einzelnen ihrer Einwohner aufzubauen und andere unabhängige und souveräne Staaten und ihre Völker es ihnen gleichtun lassen. Das wär zu unser aller Nutzen.

Es gibt nichts, absolut nichts Wichtigeres und Kostbareres als Frieden und den Schutz des menschlichen Lebens.

Wir fordern die Russische Föderation erneut auf, die Lage zu deeskalieren und sich an konstruktiven Konsultationen zu beteiligen. Gleichmaßen fordern wir Russland und Belarus auf, die Empfehlungen umzusetzen, die die große Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten auf den zwei Sitzungen letzte Woche, nämlich am 16. und 18. Februar, die nach den Bestimmungen des Wiener Dokuments einberufen wurden, ausgesprochen hat.

Lettland bringt noch einmal seine starke und unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zum Ausdruck.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1356. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1356, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION LITAUENS

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,

Litauen schließt sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir jedoch, als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Ich möchte dem OSZE-Vorsitz für die Einberufung dieser Sondersitzung des Ständigen Rates heute danken und gleichzeitig betonen, dass wir, die OSZE-Teilnehmerstaaten, keine Mühe scheuen sollten, eine weitere militärische Eskalation zu verhindern, die zu einer veritablen Aggression durch Russland gegen die Ukraine führen könnte. Wir sollten bereit sein, Tag und Nacht zu arbeiten, um sicherzugehen, dass die Diplomatie die Oberhand über ein militärisches Vorgehen gewinnt.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Delegation der Russischen Föderation an der heutigen Sitzung teilnimmt. Erlauben Sie mir zu wiederholen, dass es Russland war, das den Konflikt mit der Ukraine angezettelt hat – Russland ist Partei in diesem Konflikt und kein Vermittler und es ist eine Reihe von Verpflichtungen eingegangen, die umgesetzt werden müssen, wenn der Konflikt gelöst werden soll.

Wie viele andere Teilnehmerstaaten ist Litauen zutiefst besorgt über die fortgesetzte ungewöhnliche und beispiellose Konzentration von russischen Streitkräften in der Nähe der ukrainischen Grenze, auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, im Schwarzen Meer und in Belarus.

Trotz der Erklärungen Russlands über den Abzug seiner Truppen, sehen wir das Gegenteil: Die Zahl der Truppen in Grenzgebieten nimmt zu, die Provokationen und diesbezüglichen Desinformationsaktivitäten werden verstärkt.

Wir fordern die Russische Föderation erneut auf, ihre Truppen unverzüglich an ihre normalen Friedensstandorte zurückzuziehen und in einen sinnvollen Dialog einzutreten – sei es in der Trilateralen Kontaktgruppe, im Normandie-Format oder auf OSZE-Treffen, einschließlich Treffen, die nach dem Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument einberufen werden.

Herr Vorsitzender,

gestern begann das neunte Jahr der fortgesetzten Aggression Russlands gegen die Ukraine. Russlands beispielloses aggressives militärisches Dispositiv rund um die ukrainische Grenze und in den besetzten Teilen der Ukraine und auch seine äußerst feindselige Rhetorik und Bevormundung, die darauf abzielt, die souveränen Entscheidungen der Ukraine im Hinblick auf ihre außen- und sicherheitspolitische Orientierung zu beschneiden, sind eine eklatante Verletzung einer Reihe von OSZE-Prinzipien. Russlands Forderungen gegenüber der Ukraine stehen im starken Widerspruch zum allgemeinen Konsens betreffend das Recht jedes OSZE-Teilnehmerstaats, seine sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen.

Gestern wurde deutlich, dass die russischen Truppen das Hoheitsgebiet von Belarus nicht verlassen werden, wie es ursprünglich angekündigt wurde. Unserer Ansicht nach ist die gemeinsame Militärübung von Russland und Belarus Teil einer umfassenderen Strategie Russlands, den Druck auf die Ukraine und den Westen zu erhöhen. Die Erklärungen von Belarus dahingehend, dass die an der gemeinsamen Übung beteiligten Truppen gegen die Ukraine und NATO-Verbündete eingesetzt werden könnten, sind sehr beunruhigend. Wir fordern Russland und Belarus weiterhin auf, alle zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um die militärische Transparenz zu erhöhen und Spannungen zu verringern.

Abschließend möchte ich einmal mehr die unverbrüchliche Unterstützung und den Einsatz meines Landes für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zum Ausdruck bringen. Nur das ukrainische Volk kann über die Zukunft seines Landes und seine Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden.

Herr Vorsitzender, ich möchte höflich darum ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.